

«Trump elektrisiert jede Cocktailparty»

Amerika-Kenner Martin Naville über das erstaunlichste politische Phänomen der westlichen Welt

Von Erik Ebnetter und Markus Somm

BaZ: Herr Naville, Donald Trump widerlegt jede Prognose: Alle Experten – auch die besten, glaubwürdigsten – haben immer gesagt, er werde niemals Präsidentschaftskandidat der Republikaner. Sie haben sich alle geirrt. Weshalb?



Martin Naville: Auch ich war einer dieser irrenden Experten. Es gibt zwei Gründe. Erstens hat man tatsächlich unterschätzt, wie wichtig Medienpräsenz ist.

Von Mitte August bis Mitte September 2015, als sich die übrigen republikanischen Bewerber eher unter dem Radar hielten, war Trump im Fernsehen massiv übervertreten: 77 Prozent aller TV-Beiträge zum republikanischen Vorwahlkampf thematisierten seine Kampagne. Irgendwann wurde das zum Selbstläufer.

Und der zweite Grund?

The Middle American, also der Durchschnittsbürger – männlich, weiss, mittleres Alter, mittleres Einkommen –, fordert von den Politikern zwei Dinge: Sie sollen seine Renteneinzahlungen nicht antasten, und sie sollen die Einwanderung massiv beschränken, damit nicht mehr Personen am Kuchen teilhaben können. Das ist kein exklusiv amerikanisches Phänomen, das ist in Europa genau dasselbe, und es stellt hier die Politik ebenso auf den Kopf. Warum? Sichere Renten sind ein linkes Thema, weniger Immigration ein rechtes. Trump bedient beides, aber das gilt auch für die AfD in Deutschland oder den Front National in Frankreich.

Die Republikaner glaubten, sie hätten diese Rebellion mit dem Aufstieg der Tea Party bereits hinter sich. Was haben sie falsch gemacht?

Viele Bürger sind wohlstandsmässig noch nicht dort, wo sie vor der Finanzkrise waren. Die Republikaner meinten, solche Wähler gingen automatisch zu den Demokraten, aber man kann sie eben auch von rechts bedienen. Donald Trump zeigt das auf seine Art. Das haben die Republikaner falsch eingeschätzt.

Leute, die sonst demokratisch wählen, folgen Trump, andere Demokraten unterstützen Bernie Sanders, den Links-aussen der amerikanischen Politik: Woher kommt diese Unzufriedenheit in der Klientel der Demokraten? Man sollte meinen, diese Leute seien in den letzten acht Jahren mit Präsident Barack Obama bestens bedient gewesen.

Obama hat in seinem rauschhaften Wahlkampf von 2008 zu viele Versprechen gemacht, die er nicht halten konnte. Ein Beispiel ist die Schliessung von Guantanamo. Jeder, der sich mit dem Thema beschäftigte, wusste, dass dies nicht so einfach gehen würde, wie Obama behauptete. Im Wahlkampf hörte niemand auf die Leute, nach dem Rausch folgte der Kater. Die demokratische Partei ist in den letzten sieben Jahren so brutal abgestürzt wie nie in ihrer Geschichte. In den Parlamenten der Bundesstaaten hat sie 900 Sitze verloren, und von den 29 Bundesstaaten, wo sie beide Parlamentskammern dominierte, sind elf übrig geblieben. Auch im Kongress gab es einen starken Rückschlag: minus zwölf Senatoren, minus 69 Repräsentanten.

Ist dieses relative Scheitern von Obama der Grund für den Aufstieg von Trump? Obama sagte: «Yes, we can» – und wurde dafür gefeiert wie ein Messias. Es zeigte sich: Er konnte viel weniger, als er behauptet hatte. Jetzt kommt Trump und sagt zu Obama und allen anderen Politikern: Ihr habt nicht geliefert, ihr seid gefeuert.

Man muss sehen, dass die acht Jahre vor Obama unter George W. Bush auch keinen Höhepunkt amerikanischer Geschichte darstellen. Nach sechzehn Jahren mittelmässiger bis schlechter Politik haben die Leute ein Gehör für Töne, wie Trump sie anschlägt. Er ist ein grosser Nostalgieker: Make America Great Again. Alles soll übersichtlicher und weniger



Metamorphose eines Mannes. Donald Trump galt lange als Politclown – heute rätselt die Welt, was er als Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika anstellen würde. Foto: Keystone

kompliziert werden, wie in den guten alten Zeiten. Mauer zu Mexiko bauen, mit Putin ein ernstes Wort reden – alles ganz einfach.

Im Vergleich zu seinen wirtschaftspolitischen Plänen scheint das tatsächlich einfach. Er will gewissermassen die Globalisierung umkehren, als könnte man an einer Schnur nicht nur ziehen, sondern sie auch stossen. Wäre nicht schon viel gewonnen, wenn es ihm als Präsident gelänge, die Unternehmenssteuern zu senken? Manche amerikanischen Firmen investieren ja nur aus Steuergründen im Ausland.

Das trifft zu, und eine Steuersenkung wäre ohne Frage dringend. Die USA haben die höchsten Unternehmenssteuern der Welt. Sollte Trump aber tatsächlich Präsident werden, wird er zwei Sollbruchstellen einbauen, das Kabinett und den Kongress, also das Parlament. Er wird sich nie zu stark positionieren, sondern bloss ein grosses Ziel ausgeben, und wenn das,

«Das Gejammer in der Schweiz über die USA ist lächerlich und unbegründet.»

sagen wir, der Aussenminister nicht erreicht, wird er diesen ersetzen. Ebenso wird er mit dem Kongress verfahren, den er zwar nicht ersetzen, aber für alles verantwortlich machen kann, was nicht klappt – mit der Begründung: Das sind unfähige, gekaufte Politiker.

Angenommen, er wird Präsident: Wie wird er sein Kabinett besetzen? Mit Politikern?

Das werden Spitzenleute sein. When the president calls, kommt in Amerika jeder.

Auch wenn der Präsident Trump heisst? Auch dann. Das ist in Amerika keine Diskussion. Es gibt den lieben Gott, und gleich dahinter kommt der Präsident der Vereinigten Staaten, egal wie er heisst. Das Amt ist viel grösser als der Mensch, der es ausfüllt.

Was bedeutete eine Administration Trump für die Schweiz, was für Europa?

Nichts. Politisch gesehen sind wir für die USA ein Non-Valueur. Wirtschaftlich sieht es natürlich anders aus. Amerika ist heute nach Deutschland unser wichtigster Handelspartner. Als ich vor zwölf Jahren hier anfang, gingen 24 Prozent unseres Exportes nach Deutschland, bloss acht in die USA. Heute sind es 17 Prozent nach Deutschland und 13 Prozent in die USA. Mit anderen Worten: Amerika ist relativ gesehen enorm gewichtig geworden. Kein Markt ist in den vergangenen Jahren für uns Schweizer so stark gewachsen, kein Austausch hat mehr zugelegt, kein einmal mit Deutschland, geschweige denn mit China oder etwa Brasilien.

Wir sind überrascht: Warum sollte dann die Wahl von Trump keine Rolle spielen? Während der Auseinandersetzung um die Banken haben wir erlebt, wie zentral es für uns ist, was für eine Administration in Washington sitzt.

Ohne Frage, aber die ganze Bankenaftäre hat bereits unter Präsident Bush begonnen, und die Schweizer haben diese Konflikte etwas verzerrt wahrgenommen. Erstens haben sich unsere Geschäfte, auch jene der Banken mit Amerika, gut erholt. Zweitens ging es den Amerikanern nie um die Schweiz, sondern um die Banken. Dabei haben sie ihre Banken übrigens viel härter an die Kandare genommen und viel brutaler – und finanziell einschneidender – abgestraft als die Schweizer Institute. Das Gejammer hier bei uns wirkte lächerlich und war unbegründet. Die Bank of America hat etwa acht- bis neunmal mehr Bussen bezahlt als alle Schweizer Banken zusammengenommen. Ich verstehe denn, der sich über die USA und ihre unorthodoxen Methoden geärgert hat, aber er übersieht das grössere Bild.

Wenn man nur die Wirtschaft betrachtet, welchen Stellenwert hat die Schweiz für die Entscheidungsträger in den USA? Ebenfalls einen recht geringen, aber das gilt für alle übrigen Länder genauso. Was die meisten Europäer missverstehen: Amerika ist bei Weitem die grösste Wirtschaft der Welt, aber gleichzeitig ist das Land das bin-

nenwirtschaftlichste Land der Welt. Der Export spielt kaum eine Rolle. Wenn sich Europäer darüber aufregen, dass die Amerikaner die Schweiz mit Schweden verwechseln, frage ich gerne, was denn der Unterschied zwischen Idaho und Iowa sei oder welche Staaten an Minnesota grenzen. Man muss die einzelnen amerikanischen Staaten – nicht die Vereinigten Staaten von Amerika – mit den einzelnen europäischen Staaten vergleichen.

Und wenn man doch die einzelnen europäischen Staaten mit den USA vergleicht: Wie wichtig ist die Schweiz da wirtschaftlich?

Wenn man nur den Aussenhandel der Amerikaner anschaut, dann gehört die Schweiz zu den grossen Partnern. Schweizer Firmen investieren in Amerika gleich viel wie deutsche Firmen. 450 000 Arbeitsplätze hängen von schweizerischen Firmen ab. Wir zahlen die höchsten Löhne, und niemand unter den ausländischen Unternehmen gibt für Entwicklung und Forschung in den USA mehr aus als die Schweizer Konzerne.

Dann bekommt unser Bundespräsident den amerikanischen Präsidenten in nützlicher Frist ans Telefon, wenn es Probleme gibt?

Nein, da muss er ewig warten. Er hat diesen Zugang nicht und hatte ihn noch nie. Ebenso hat ein amerikanischer Präsident unserem Land noch nie einen Staatsbesuch abgestattet – und noch nie wurde ein schweizerischer Bundespräsident offiziell nach Washington eingeladen. Wenn es gut kommt, gelingt es einem schweizerischen Bundesrat, den US-Präsidenten am Rand eines Gipfels in Genf oder in der Lobby eines Davoser Hotels zu einem kurzen Gespräch zu treffen.

Ist dieser fehlende Zugang ein Problem? Man kann es auch positiv sehen. Wer weiss, wozu er in der Lage ist, fährt besser. Nichts ist erbärmlicher als ein kleines Land, das sich überschätzt! Als gewisse Kreise seinerzeit das Gefühl hatten, man müsste nur einen Bundesrat nach Amerika schicken, der dort einmal richtig auf den Tisch haut, und die Banken wären ihre Sorgen los, sagte ich diesen immer: Forget it! Es

gibt Sumo, und es gibt Judo. Je nach Grösse muss man wissen, ob man lieber Sumo oder Judo als Kampfform wählt. Judo passt besser zu uns.

Muss man Angst haben vor Donald Trump?

Wenn man ein ungemütlicher Reporter ist, dann dürfte man nicht mehr so leicht ins Weisse Haus eingeladen werden. Sonst aber bin ich nicht sonderlich beunruhigt.

Nicht alle teilen ihre Seelenruhe. Der amerikanische Publizist Robert Kagan, ein bekannter Neokonservativer, hat neulich mit Blick auf Trump sogar vor dem Faschismus gewarnt.

Das halte ich für überzogen. In den USA herrscht ein so starkes System der Checks and Balances – auch Trump hat es mit einem Kongress zu tun, mit Einzelstaaten, mit dem Supreme Court und einer sehr kritischen, demokratischen Öffentlichkeit. Niall Ferguson, der britische Historiker, hat es meiner Meinung besser erfasst als Kagan: Nicht mit den 1930er-Jahren und dem damaligen Faschismus in Italien oder dem Nationalsozialismus in Deutschland muss man das Phänomen Trump vergleichen, sondern mit Ereignissen in den Siebzigerjahren des 19. Jahrhunderts. Damals, kurz nach einer verheerenden Wirtschaftskrise, stiegen in den USA die Populisten auf: Sie wandten sich gegen die Einwanderung der Chinesen, sie verlangten hohe Zölle, sie verteilten die Globalisierung, die damals einen ersten grossen Schub erfuhr.

«Trump ist ein übler Typ, aber keine Ideologie. Er will nicht die Welt verändern.»

Es hat sich im Westen ein liederlicher, wenn nicht gedankenloser Umgang mit dem Begriff Faschismus verbreitet. Man wünschte sich, diese Leute würden wieder einmal ein gutes Buch über Mussolini oder die Nazis lesen.

Das sehe ich auch so. Ferguson sagt es richtig: Was Trump im Unterschied zu Mussolini, zu Hitler oder Stalin nicht tut – er verabsolutiert den Staat nicht, im Gegenteil. Noch nie hat er die bestehenden Institutionen der USA infrage gestellt.

Sind Ihre Mitglieder dennoch beunruhigt? Haben Sie viele Anfragen?

Trump ist das Thema an jeder Cocktailparty und an jedem Abendessen. Er elektrisiert die Leute. Dass Sie mich nicht falsch verstehen: Trump ist ein übler Typ, aber keine Ideologie. Er will nicht die Welt verändern. Vielleicht wollte er gar nie Präsident werden – und ist jetzt überrascht, dass er je so weit gekommen ist. Ein berühmter Politologe hat gesagt: «Donald's main goal is to have fun in the White House!» Er will Spass haben.

Trump oder Hillary Clinton: Wer ist Ihnen lieber?

Hillary, obwohl mir dies schwerfällt. Bei ihr weiss man, was sie will. Man kennt ihr Programm, die Minister, die wohl im Kabinett sitzen würden, kurz: Sie ist berechenbar. Trump ist es nicht.

Martin Naville, Transatlantiker

Zürich. Martin Naville, Jahrgang 1959, ist in Genf aufgewachsen und hat in Zürich Jura studiert. Er arbeitete in New York und Zürich als Banker für J.P. Morgan und als Strategieberater für die Boston Consulting Group. In der *Handelszeitung* hat er die Jahre in New York einst als prägende Erfahrung beschrieben: «Wir haben in Greenwich Village gewohnt, einem Viertel voller Künstler und verschiedener Kulturen, Businesses, Läden, einem Dorf mitten in Manhattan.» Seit 2004 ist er CEO der Swiss-American Chamber of Commerce in Zürich und berät Schweizer Firmen in den USA und amerikanische Firmen in der Schweiz. Naville ist verheiratet, Vater zweier Kinder und wohnt in der Nähe von Zürich. ebn/mso